

## Das Gesundheitswesen soll kriegstüchtig werden, meinen Politik und Militär Das Gesundheitswesen muss endlich ziviltauglich sein, meinen wir

Die deutsche Politik hat die Zeitenwende ausgerufen, seitdem steigen die Rüstungsausgaben in schwindelnde Höhen. Der Kriegsminister – in der Orwell-Sprache Verteidigungsminister – befiehlt: Deutschland muss kriegstüchtig werden. „Es braucht auch eine Zeitenwende für das Gesundheitswesen“ echot Gesundheitsminister Lauterbach und kündigt dafür ein Gesundheitssicherstellungsgesetz an. Inhalte sind noch nicht genauer bekannt. Sicher ist jedenfalls, es geht darum, Krankenhäuser kriegstüchtig zu machen und in die offensive Militärstrategie einzubetten. Wir gehen davon aus, dass das Kriegstüchtigmachen unter dem Label Katastrophen- und Zivilschutz dabei etwas fleckgetarnt werden wird.

Lauterbach: „Im Krisenfall muss jeder Arzt, jedes Krankenhaus, jedes Gesundheitsamt wissen, was zu tun ist. Wir brauchen klare Zuständigkeiten – etwa für die Verteilung einer hohen Zahl an Verletzten auf die Kliniken in Deutschland.“ Beim derzeitigen profitorientierten Prozess der Schließung von Kliniken, fragt man sich, wer bestimmt, welche Krankenhäuser noch gebraucht werden? Neben Finanzinvestoren etwa auch die Bundeswehr, die NATO oder sogar die Rüstungsindustrie?

Dabei steht das deutsche Krankenhauswesen am Abgrund. Die sogenannten Reformen der letzten Jahrzehnte haben die einst auf die Erbringung notwendiger medizinischer Leistungen ausgerichteten öffentlichen, knappschaftlichen und kirchlichen Kliniken für die Ausrichtung am profitorientierten Markt kaputtgespart. Personalmangel bei Pflege und Therapeut:innen, Ärzt:innenmangel, Bettenabbau, Krankenhausschließungen/-insolvenzen, ein Fallpauschalensystem, orientiert am Profit und das entgegen Lauterbachs „Revolutions“-Ankündigung nicht komplett abgeschafft wird, haben wesentlich zu den Problemen geführt, fehlende Grundversorgung der Bevölkerung vor allem auf dem Land, dazu lange Wartezeiten auf einen Facharzttermin oder auf eine OP, eine ausufernde Bürokratie, Lieferprobleme bei wichtigen Medikamenten, zu wenige und zu teure Plätze in den Pflegeheimen .....

Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Krieg heißt konkret: Sicherstellen der Versorgung großer Massen von Verwundeten mit Zerfetzungs-, Gefäß- und Amputations-verletzungen, Wiederherstellungschirurgie und langwierige Rehabilitationen für die Überlebenden.



Die Militärmedizin wendet bei der Versorgung das

Prinzip Triage an, das heißt für einen Teil der Verletzten die Selektion zum Sterbenlassen. Wird das Prinzip bei hohem Patientenansturm auch für die zivilen Patient:innen angewandt werden? Wer wird das Sagen über Aufnahme und Behandlung von Patient:innen haben, das Militär? Im Kriegsfall ja! Die Bundeswehr gibt bereits Szenarien vor, auf was die zivilen Kliniken sich zunächst einmal einzustellen hätten. Vorerst sollen Kapazitäten haben für 100.000 verwundete Soldaten bereitgestellt werden. Die stünden zivilen Patient:innen nicht mehr zur Verfügung. Diese hätten wohl in Triage ihre Betten zu räumen. Der Generaloberst der Bundeswehr fordert bereits Kooperation mit zivilen Einrichtungen. Er ruft nach neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen

Bundeswehrkliniken, Berufsgenossenschaftlichen Kliniken, Unikliniken und den Kliniken des Traumanetzwerkes Deutschland. Zu seinen Forderungen gehört auch mehr geschultes, ziviles, Personal für die Traumachirurgie und verpflichtende Fortbildungen darin.

Damit würde das Krankenhauspersonal eingebaut in die militärische Autorität, würde zum erweiterten Personal der Bundeswehr. Das lehnen wir als Beschäftigte der zivilen Krankenpflege entschieden ab! Gesundheits-„Sicherstellung“ schließt auch die Einschränkung persönlicher und demokratischer Rechte ein. Das fängt bereits vor dem Krieg an und wird „Ernstfall“-Übungen einschließen.

Bereits während des Kalten Krieges gab es vor über 40 Jahren den Versuch der Regierung über ein Gesetz, Fortbildung in Kriegsmedizin verpflichtend zu machen, auch das Einüben der Triage. Gedacht war, im Kriegsfall Zugriff auf das gesamte Gesundheitspersonal zu haben. Angesichts der starken Friedensbewegung damals und vieler Proteste, zogen die Kriegstreiber zurück.

Mit der Orientierung auf ein kriegstüchtiges Gesundheitswesen endet jede Bemühung um die Sicherung der Daseinsvorsorge. Kriegstüchtigkeit ist das glatte Gegenteil von Daseinsvorsorge. Doch Rüstung tötet schon im Frieden, das ist die historische Lehre. Für die gigantische Aufrüstung werden alle Haushaltbereiche stark beschnitten und auf den Militärhaushalt umgeleitet. Gespart werden wird in Sozialem, Bildung, Kultur, Infrastruktur, Wohnungswesen. Geschichtsvergessen wird sogar die NS-Formel von „Kanonen statt Butter“ augenblicklich – bewusst?! – von kriegstreibenden Politiker:innen und Rüstungsjunkies hinausposaunt. Der Gesundheitshaushalt wurde schon für dieses Jahr um ein Drittel(!) gekürzt. Anfang August beschloss die Bundesregierung sogar bei den Ärmsten zu holen: Kürzung des Bürgergelds um 4,7 Milliarden €. Demgegenüber verdienen sich die Aktionäre der Rüstungsfirmen dumm und dämlich. Die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals weltweit ist gemeint, wenn die Bundesregierung von Sicherheit spricht.

Ukrainekrieg und NATO-Planung zur Stationierung atomwaffenfähiger Hyperschallraketen auf deutschem Boden lassen einen Atomkrieg denkbarer werden als noch vor Jahren.

Im Atomkrieg wird es keine medizinische Versorgung mehr geben, nicht für Soldaten, nicht für Zivilisten.



Hiroshima am 6.8.1945

Die Bundesregierung macht derzeit keinerlei Anstalten für eine friedliche Politik, da ist sie einig mit der Opposition von CDU/CSU und AfD (die entgegen ihrer angeblichen Friedensrhetorik für militärische Aufrüstung und Krieg, mit deutschem Sieg natürlich, steht).

Wir sehen nur einen Weg zur Lösung der Konflikte dieser Welt: Verhandeln um den Frieden zu finden. Geht nicht? Das wird von den Aufrüstungs- und Kriegsszenario-Regierungen dieser Erde nur behauptet. Zur Aufrechterhaltung ihrer Erzählung beschneiden sie die Pressefreiheit und verfolgen andere Meinungen, z.T. sogar juristisch. Lassen wir uns dadurch nicht einschüchtern! Es geht! Es gibt keine Sicherheit in Europa ohne Abrüstung und Frieden.

**Wir wollen keine kriegstüchtigen Krankenhäuser – statt Rüstungsmilliarden brauchen wir eine gute, eine funktionierende, nicht profitorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.**

---

Kontakt: email: [Krankenhaus.statt.Fabrik.KA@posteo.de](mailto:Krankenhaus.statt.Fabrik.KA@posteo.de) / [www.facebook.com/KrankenhausstattFabrik](https://www.facebook.com/KrankenhausstattFabrik)

viSdP: Krankenhaus statt Fabrik Karlsruhe · c/o: Michael Matzerath · Welfenstraße 2a · 76137 Karlsruhe